HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 52		FREITAG, DEN 22. DEZEMBER	2006
Tag	Inhalt	Seite	
19. 12. 2006	Verordnung über die Spielordnung für die öffentliche Spielbank in Hamburg (Spielordnung) 7136-1-1	605	
19. 12. 2006	Verordnung zur Festsetzung der Regelsätze nach § 28 Absatz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch . . 860-15	608	
19. 12. 2006	Verordnung zur Änderung der Landespflegeausschussverordnung und der Pflege-Schiedsstellen- verordnung 860-12, 860-11	609	

Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Verordnung über die Spielordnung für die öffentliche Spielbank in Hamburg (Spielordnung)

Vom 19. Dezember 2006

Auf Grund von § 6 Absatz 4 des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank vom 24. Mai 1976 (HmbGVBl. S. 139), zuletzt geändert am 16. November 1999 (HmbGVBl. S. 260), wird verordnet:

§ 1

Zugelassene Spiele

Das Spielbankunternehmen darf nur die folgenden zugelassenen Glücksspiele anbieten:

1. am Hauptstandort (Esplanade):

Roulette, Roulite, American Roulette, Baccara, Punto Banco, Black Jack, Poker, Glücksrad (Money Wheel) sowie mechanische und elektronische Glücksspielautomaten,

2. in

- a) den Dependancen Steindamm, Wandsbeker Marktstraße, Reeperbahn und Mundsburg-Center:
mechanische und elektronische Glücksspielautomaten, American Roulette und Craps,

b) der Dependance auf der Reeperbahn darüber hinaus:

Black Jack, Glücksrad (Money Wheel), Poker und Würfelspiel (Mini Dice).

§ 2

Spielregeln

(1) Das Spielbankunternehmen hat die Spielregeln nach allgemeinen internationalen Grundsätzen festzusetzen. Der für die Aufsicht über die Spielbank zuständigen Behörde ist ein Abdruck der Spielregeln einzureichen. Sie sind darüber hinaus an geeigneter Stelle in den Räumen der Spielbank auszuhängen oder auszulegen.

(2) Das Personal der Spielbank hat sich grundsätzlich der deutschen Sprache zu bedienen. International übliche fremdsprachige Ausdrücke sind zugelassen.

(3) Das Mitführen zur Beeinflussung des Spiels geeigneter technischer Hilfsmittel ist nicht gestattet. Den Gästen ist es untersagt, Spielergebnisse mit Hilfe technischer Mittel zu erfassen.

§ 3

Spieleinsätze und Spielmarken

(1) Die Einsätze müssen in Spielmarken (Jetons) oder in Zahlungsmitteln der Europäischen Zentralbank getätigt werden. Spielansagen (Annoncen) sind nur gültig, wenn der genannte und erforderliche Betrag bezahlt ist und die Spielansage von der Tischchefin oder dem Tischchef laut und klar wiederholt worden ist. Annoncen, die erst kurz vor Ausrollen der Kugel gemacht werden, müssen zurückgewiesen werden.

(2) Jede am Spiel teilnehmende Person ist für ihren Einsatz selbst verantwortlich.

(3) Die Höhe der Mindest- und Höchsteinsätze für die einzelnen Spiele ist von der Leitung der Spielbank in den Spielregeln (§ 2 Absatz 1) zu bestimmen und an den jeweiligen Spieleinrichtungen bekannt zu geben.

(4) Spielmarken können von der Leitung der Spielbank ganz oder sortenweise aus dem Spiel genommen und durch andere ersetzt werden. Die aus dem Spiel genommenen Spielmarken verlieren mit der Herausnahme ihre Gültigkeit.

§ 4

Spielverbote

An der Spielbank dürfen nicht spielen

1. Personen,
 - a) die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
 - b) deren Einkommens- und Vermögensverhältnisse einer Beteiligung am Spiel nicht entsprechen,
 - c) die dem Spielbankunternehmen als Gesellschafterin oder Gesellschafter, Mitglied eines Organs oder der Geschäftsführung angehören oder dort sonst in leitender Stellung tätig sind,
 - d) die in einem Arbeits- oder ähnlichen Abhängigkeitsverhältnis zu dem Spielbankunternehmen stehen,
2. Inhaberinnen oder Inhaber von Nebenbetrieben des Spielbankunternehmens und die dort beschäftigten Personen,
3. die mit der Aufsicht über das Spielbankunternehmen beauftragten Personen.

§ 5

Eintritts- und Zugangsvoraussetzung

Der Eintritt in die Spielbank wird vorbehaltlich des Eintritts- und Zugangsverbots nach § 6 gewährt, wenn folgende Bestimmungen beachtet werden:

1. der Eintritt in die Spielbank ist nur mit gültiger Eintritts- oder Ehrenkarten gestattet; auf Antrag des Spielbankunternehmens kann die für die Aufsicht zuständige Behörde für das Kleine Spiel Ausnahmen von dieser Vorschrift zulassen, wenn sichergestellt ist, dass § 4 Nummer 1 Buchstabe a beachtet wird,
2. der Preis für Eintrittskarten ist für alle Besuchergruppen eines Betriebsteils in derselben Höhe festzulegen, gleichgültig, an welchem Spiel sie teilnehmen; er bedarf der Zustimmung der für die Aufsicht zuständigen Behörde,
3. Eintritts- oder Ehrenkarten werden für einen einmaligen Besuch oder als Zeitkarten ausgegeben; sie sind nicht übertragbar,

4. Eintrittskarten für die Teilnahme am Großen Spiel dürfen nur gegen Vorlage eines gültigen amtlichen Lichtbildausweises, aus dem Alter und Wohnort der Inhaberin oder des Inhabers ersichtlich sind, ausgegeben werden; Ausnahmen sind zulässig, wenn die Person persönlich bekannt ist und die Zutrittsvoraussetzungen zweifelsfrei erfüllt; erstmaligen Gästen sollen nur Karten erteilt werden, die zum Eintritt und zur Spielteilnahme an einem Tag berechtigen (Tageskarten); Eintrittskarten für einen längeren Zeitraum (Zeitkarten) sollen erst nach dem Erstbesuch und nach nochmaliger Überprüfung ausgegeben werden,

5. Eintrittskarten für die Teilnahme am Kleinen Spiel werden ohne die Vorlage eines Lichtbildausweises nach Nummer 4 ausgegeben, es sei denn, die Erfüllung des Alterserfordernisses nach § 4 Nummer 1 Buchstabe a ist zweifelhaft,

6. Zeitkarten und Ehrenkarten dürfen nur an einen beschränkten Personenkreis und nur befristet erteilt werden; ihre Geltungsdauer darf ein Jahr nicht überschreiten.

§ 6

Eintritts- und Zugangsverbot

(1) Das Spielbankunternehmen ist berechtigt, zur Einhaltung der Spielverbote nach § 4 den genannten Personen den Eintritt in die Spielbank zu verwehren.

(2) Eintritts- und Ehrenkarten sind zu entziehen,

1. wenn sie auf Grund unrichtiger Angaben erlangt worden sind oder
2. wenn die Inhaberin oder der Inhaber wiederholt Ordnungswidrigkeiten nach § 10 dieser Verordnung oder nach § 7 Absatz 1 Nummern 1 und 2 des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank begangen hat.

(3) Die Befugnis des Spielbankunternehmens, auf Grund des Hausrechts oder einer Hausordnung Personen den Eintritt ohne Angabe von Gründen zu verwehren oder sie zum Verlassen der Spielbank aufzufordern, bleibt unberührt.

§ 7

Besucherkartei, Auskunftspflicht

Die Gäste der Spielbank sind verpflichtet, dem Spielbankunternehmen oder dessen Beauftragten Auskunft über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere über das Lebensalter, den tatsächlich ausgeübten Beruf, ihren Wohn- und Aufenthaltsort sowie über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse insoweit zu geben, als dies für die Prüfung der Berechtigung zur Teilnahme am Spiel erforderlich erscheint. Das Spielbankunternehmen ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, geeignete Nachweise zu verlangen. Das Spielbankunternehmen hat die Namen derjenigen Personen, die Spielmarken im Wert von über 1000 Euro kaufen oder verkaufen, deren Beruf, Wohn- oder Aufenthaltsort, Geburtsdatum und Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Art und Nummer und ausstellende Behörde des amtlichen Ausweises sowie das Datum des Besuchs der Spielbank sechs Jahre lang in einer Kartei festzuhalten. Die Kartei ist vor dem Zugriff und der Einwirkung Unbefugter zu schützen.

§ 8

Aufsicht

(1) Jeder Gast der Spielbank ist verpflichtet, den Anordnungen des Personals der Spielbank Folge zu leisten und auf Verlangen Eintritts- oder Ehrenkarten und Ausweispapiere vorzuweisen.

(2) Meinungsverschiedenheiten zwischen Gästen und dem Personal der Spielbank sind unbeschadet der weiteren Rechtsverfolgung von der technischen Leitung der Spielbank zu regeln.

(3) Die diensttuenden Beschäftigten der für die Aufsicht zuständigen Behörde überwachen den gesamten Spielbetrieb und achten auf die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften.

§ 9

Öffnungszeiten

(1) An folgenden Tagen ist das Spielen verboten:

1. Karfreitag,
2. Volkstrauertag,
3. Totensonntag,
4. 24. und 25. Dezember.

(2) Der Hauptstandort der Spielbank (Esplanade) ist geöffnet von 12.00 Uhr bis 5.00 Uhr.

(3) Die zugelassenen Spiele können

- a) in der Dependance am Steindamm von 8.00 Uhr bis 2.00 Uhr,
- b) in der Dependance auf der Reeperbahn von 8.00 Uhr bis 6.00 Uhr,
- c) in der Dependance an der Wandsbeker Marktstraße montags bis sonnabends von 11.00 Uhr bis 20.00 Uhr,
- d) in der Dependance im Mundsburg-Center, Hamburger Straße, täglich von 13.00 Uhr bis 1.00 Uhr betrieben werden.

(4) Das Spielbankunternehmen ist berechtigt, die Spielzeit täglich vor Öffnung der Spielbank einzuschränken. Die Einschränkung ist in geeigneter Weise den Gästen zur Kenntnis zu bringen.

(5) Die Leitung der Spielbank darf das Spiel vorzeitig beenden, wenn keine ausreichende Beteiligung mehr gegeben ist.

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

Wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, am Spiel entgegen § 4 Nummer 1 Buchstabe a teilnehmen lässt,
 2. sich unter Täuschung über seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse die Teilnahme am Spiel entgegen § 4 Nummer 1 Buchstabe b erschleicht,
 3. entgegen den Spielverboten nach § 4 Nummer 1 Buchstaben c und d sowie Nummern 2 und 3 am Spiel teilnimmt,
- handelt ordnungswidrig im Sinne des § 7 Absatz 1 Nummer 3 des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank.

§ 11

Schlussbestimmungen

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(3) Zum selben Zeitpunkt tritt die Spielordnung vom 28. Mai 2002 (HmbGVBl. S. 81) in der geltenden Fassung außer Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Hamburg, den 19. Dezember 2006.

Verordnung
zur Festsetzung der Regelsätze nach § 28 Absatz 1
des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Vom 19. Dezember 2006

Auf Grund von § 28 Absatz 2 Satz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022, 3023), zuletzt geändert am 2. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2670), wird verordnet:

§ 1

Die Höhe der Regelsätze der laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt (§ 28 Absatz 1 SGB XII) wird wie folgt festgesetzt:

Alleinstehende und Haushaltsvorstände 345 Euro

Haushaltsangehörige:

– bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 207 Euro

– ab Vollendung des 14. Lebensjahres 276 Euro.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Festsetzung der Regelsätze nach § 28 Absatz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 20. Juni 2006 (HmbGVBl. S. 338) außer Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 19. Dezember 2006.

**Verordnung
zur Änderung der Landespflegeausschussverordnung
und der Pflege-Schiedsstellenverordnung**

Vom 19. Dezember 2006

Artikel 1

**Verordnung zur Änderung
der Landespflegeausschussverordnung**

Auf Grund von § 92 Absatz 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) – Soziale Pflegeversicherung – vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1015), zuletzt geändert am 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2442), wird verordnet:

Die Landespflegeausschussverordnung vom 19. September 1995 (HmbGVBl. S. 211) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - 1.1.1 Nummer 1 Buchstabe c wird gestrichen.
 - 1.1.2 Nummer 2 erhält folgende Fassung:
„2. einem Mitglied der Hamburgischen Pflegegesellschaft e. V.,“.
 - 1.1.3 Nummer 3 wird wie folgt geändert:
 - 1.1.3.1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:
„a) für die Pflegekassen von:
 - aa) der Pflegekasse bei der AOK Rheinland/Hamburg – Die Gesundheitskasse –, zugleich für die Knappschaft,
 - bb) dem BKK-Landesverband NORD, zugleich für die Pflegekasse für den Gartenbau, in Wahrnehmung der Aufgaben eines Landesverbandes für die landwirtschaftliche Pflegeversicherung,
 - cc) der Pflegekasse bei der Innungskrankenkasse Hamburg,
 - dd) der See-Pflegekasse Hamburg,
 - ee) dem Verband der Angestelltenkrankenkassen e. V., Landesvertretung Hamburg,
 - ff) dem AEV-Arbeiter-Ersatzkassen e. V., Landesvertretung Hamburg,“.
 - 1.1.3.2 In Buchstabe c wird das Wort „Privaten“ durch das Wort „privaten“ ersetzt.
 - 1.1.3.3 In Buchstabe h wird hinter der Bezeichnung „e.V.“ ein Komma angefügt.
 - 1.1.3.4 Folgender Buchstabe i wird angefügt:
„i) der bezirklichen Pflegekonferenzen, das von den bezirklichen Pflegekonferenzen gemeinsam bestellt wird.“
 - 1.2 In Absatz 2 wird das Wort „benannt“ durch das Wort „bestellt“ ersetzt.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 In Absatz 1 wird das Wort „benennen“ durch das Wort „bestellen“ ersetzt.
 - 2.2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Soweit binnen sechs Wochen nach Beginn der Amtsperiode im Verfahren nach Absatz 1 keine Mitglieder beziehungsweise stellvertretenden Mitglieder

bestellt werden oder bei gemeinsam zu bestellenden Mitgliedern beziehungsweise stellvertretenden Mitgliedern keine Einigung über diese erzielt wird, bestellt die zuständige Behörde die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:
 - 3.1 In Satz 1 werden hinter dem Wort „Vorsitzenden“ die Wörter „sowie drei stellvertretende Vorsitzende“ eingefügt.
 - 3.2 Satz 2 wird gestrichen.
 4. In § 6 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Benennung“ durch das Wort „Bestellung“ ersetzt.
 5. In § 7 Absatz 2 Satz 2 wird die Textsstelle „des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der Fassung vom 1. Oktober 1969 (Bundesgesetzblatt I Seite 1757), zuletzt geändert am 24. Juni 1994 (Bundesgesetzblatt I Seiten 1325, 1355)“ durch die Textstelle „des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert am 16. August 2005 (BGBl. I S. 2437, 2444)“ ersetzt.

Artikel 2

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Pflege-Schiedsstellenverordnung**

Auf Grund von § 76 Absatz 5 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) – Soziale Pflegeversicherung – vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1015), zuletzt geändert am 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2442), wird verordnet:

Die Pflege-Schiedsstellenverordnung vom 16. Mai 1995 (HmbGVBl. S. 101), zuletzt geändert am 3. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 297, 299), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Die laufenden Geschäfte werden von einer Geschäftsstelle geführt, die bei einer der beteiligten Organisationen nach § 3 Absatz 2 eingerichtet wird. Diese können einvernehmlich bestimmen, dass die Geschäftsstelle zum Beginn einer neuen Amtsperiode einer der anderen beteiligten Organisation zugeordnet wird; Näheres ist in der Geschäftsordnung nach § 15 zu regeln. Wechselt die Zuordnung der Geschäftsstelle, ist dies der für die Rechtsaufsicht über die Schiedsstelle zuständigen Behörde (Aufsichtsbehörde) mitzuteilen.“
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 In Absatz 1 wird das Wort „überörtlichen“ gestrichen und das Wort „Privaten“ durch das Wort „privaten“ ersetzt.
 - 2.2 In Absatz 3 Satz 1 erster Halbsatz werden die Wörter „tätig sein“ durch die Wörter „sowie deren Verbänden tätig sein oder ehrenamtlich deren Entscheidungsorganen angehören“ ersetzt.

3. § 3 wird wie folgt geändert:
- 3.1 In Absatz 1 Satz 2 wird hinter dem Wort „Amtsübernahme“ das Wort „schriftlich“ eingefügt.
- 3.2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- 3.2.1 Das Wort „vertretenen“ wird durch das Wort „beteiligten“ ersetzt.
- 3.2.2 Nummer 1 Buchstaben a und b erhält folgende Fassung:
- „a) für die Pflegekassen von:
- aa) der Pflegekasse bei der AOK Rheinland/Hamburg – Die Gesundheitskasse –, die zugleich die See-Pflegekasse vertritt,
- bb) dem BKK-Landesverband NORD,
- cc) der Pflegekasse bei der Innungskrankenkasse Hamburg,
- dd) dem Verband der Angestelltenkrankenkassen e.V., Landesvertretung Hamburg, der zugleich die Arbeiter-Ersatzkassen vertritt,
- b) von dem Verband der privaten Krankenversicherung e.V.“.
- 3.2.3 Nummer 2 wird wie folgt geändert:
- 3.2.3.1 Das Wort „zwei“ wird durch das Wort „drei“ ersetzt.
- 3.2.3.2 In Buchstabe b wird das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt.
- 3.2.3.3 Buchstabe c wird gestrichen.
4. In § 4 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „zwei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.
5. § 7 wird wie folgt geändert:
- 5.1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
- „(1) Kommt in einer Angelegenheit, bei der für den Fall der Nichteinigung nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch die Entscheidung einer Schiedsstelle vorgesehen ist, innerhalb der gesetzlich genannten Frist keine Einigung zustande, so beginnt das Schiedsverfahren mit dem bei der Geschäftsstelle der Schiedsstelle von einem der Beteiligten gestellten schriftlichen Antrag auf Regelung der Angelegenheit.“
- 5.2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- 5.2.1 In Satz 1 wird hinter dem Wort „Vertrages“ die Textstelle „, der Vereinbarung oder der Entscheidung“ eingefügt.
- 5.2.2 In Satz 2 wird das Wort „Vertragspartnern“ durch das Wort „Beteiligten“ ersetzt.
6. In § 8 Absatz 3 wird die Bezeichnung „Vertragspartner“ durch die Bezeichnung „Beteiligte“ ersetzt.
7. In § 9 Absatz 3 wird die Textstelle „zuletzt geändert am 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322, 3325)“ durch die Textstelle „zuletzt geändert am 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2441)“ ersetzt.

8. In § 12 wird die Textstelle „Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der Fassung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1757), zuletzt geändert am 22. Februar 2002 (BGBl. I S. 981)“ durch die Textstelle „Justizvergütungs- und entschädigungsgesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert am 16. August 2005 (BGBl. I S. 2437, 2444)“ ersetzt.
9. In § 13 Absatz 2 wird die Textstelle „nach den Vorschriften über Reisekostenvergütung der Beamtinnen und Beamten des Landes gemäß der Reisekostenstufe B“ durch die Textstelle „nach Maßgabe des Hamburgischen Reisekostengesetzes in der Fassung vom 21. Mai 1974 (HmbGVBl. S. 159), zuletzt geändert am 13. Juni 2006 (HmbGVBl. S. 300), in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

Artikel 3

Übergangsvorschriften

Auf Grund der in den Präambeln zu den Artikeln 1 und 2 genannten Rechtsvorschriften wird ferner verordnet:

(1) Die laufende Amtsperiode des Landespflegeausschusses endet vorzeitig am 31. Dezember 2006. Abweichend von § 5 Absatz 2 zweiter Halbsatz der Landespflegeausschussverordnung führen die Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder ihre Geschäfte nicht bis zur Neubestellung der Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder der neuen Amtsperiode weiter.

(2) Die laufende Amtsperiode der Schiedsstelle endet vorzeitig am 31. Dezember 2006. Abweichend von § 4 Absatz 3 der Pflege-Schiedsstellenverordnung bleiben die Mitglieder nicht bis zur Bestellung ihrer Nachfolgerinnen bzw. Nachfolger oder erneuten Bestellung im Amt.

(3) Die erste Amtsperiode des Landespflegeausschusses nach Inkrafttreten dieser Verordnung beginnt am 1. Januar 2007.

(4) Die erste Amtsperiode der Schiedsstelle nach Inkrafttreten dieser Verordnung beginnt am 1. Januar 2007. Für die Dauer der ersten Amtsperiode bleibt die bisherige Zuordnung der Geschäftsstelle bestehen. Über am Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung anhängige Schiedsverfahren wird in der geänderten Zusammensetzung entschieden.

Artikel 4

Inkrafttreten

Auf Grund der in den Präambeln zu den Artikeln 1 und 2 genannten Rechtsvorschriften wird ferner verordnet:

(1) Artikel 3 Absätze 1 und 2 treten am 31. Dezember 2006 in Kraft.

(2) Im Übrigen tritt diese Verordnung am 1. Januar 2007 in Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 19. Dezember 2006.